



**Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika**

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

## **Südafrikas Präsident veröffentlicht Marikana-Bericht**

### **Freispruch für die politischen Verantwortungsträger**

Es brauchte sehr viel öffentlichen Druck, bis Präsident Jacob Zuma am Abend des 25. Juni endlich den Bericht zum Massaker von Marikana vom 16. August 2012 der Öffentlichkeit vorstellte. Der Bericht war ihm von der Untersuchungskommission (Farlam-Kommission) am 31. März überreicht worden. Nach der Rede des Präsidenten kann ein erstes Fazit gezogen werden: Niemand wird angeklagt oder für die Morde verantwortlich gemacht. Die ganze Verantwortung für das Massaker an 34 streikenden Minenarbeitern wird auf die Polizei abgeschoben. Das Minenunternehmen Lonmin wird für Unterlassungen gerügt. Cyril Ramaphosa, damals Lonmin-Direktor und Mitglied des Verwaltungsrats sowie heutiger Vizepräsident Südafrikas wird, wie weitere zuständige MinisterInnen, ausdrücklich von jeder Schuld freigesprochen. Der Bericht unterlässt es, Entschädigungen an die betroffenen Minenarbeiter und deren Familien zu empfehlen.

Die ersten Reaktionen beziehen sich auf die Rede von Präsident Zuma ohne detaillierte Kenntnis des 600-seitigen Berichts. Bei den Opfern und in den sozialen Medien ist die Enttäuschung gross.

Die südafrikanische Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit haben die Arbeit der Kommission aktiv verfolgt, um dazu beizutragen, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Dazu gehört der Dokumentarfilm von Rehad Desai „Miners Shot Down“, den die KEESA in mehreren Schweizer Städten zur Vorführung brachte. Zum Teil auf polizeilichen Videoaufnahmen basierend zeichnet er ein anderes Bild der Ereignisse als jetzt Präsident Zuma.

Die Opfer hatten verlangt, dass der Bericht rasch veröffentlicht wird, denn sie beabsichtigen mit Zivilklagen auf Entschädigung zu klagen, was nur noch bis zum 16. August möglich ist. Die späte Veröffentlichung lässt ihnen dafür nur noch wenige Tage Zeit. Sie hatten auch darum gebeten, 48 Stunden im voraus über die Veröffentlichung informiert zu werden. Mit der kurzfristigen gestrigen Veröffentlichung hat die Regierung erneut ihre Missachtung der Betroffenen gezeigt.

Der Bericht kritisiert das Verhalten der Polizei als unsachgemäss. Er stellt die Kompetenz von Polizeichefin Riah Phiyega in Frage und empfiehlt eine Strafuntersuchung gegen alle an der Operation beteiligten PolizistInnen. Kritisiert wird insbesondere, dass die Führung die Operation nach der ersten Phase, während der 17 Minenarbeiter erschossen wurden, nicht abbrach. Ein weiteres Verschulden der Polizei sieht die Kommission in der unterlassenen Hilfeleistung – es dauerte über eine Stunde, bis Sanitäter zu den Verletzten zugelassen wurden. Ausserdem hatte die Polizei die Untersuchungen der Kommission behindert.

Lonmin und den Gewerkschaften wird vorgeworfen, dass sie zu wenig zu einer Lösung des Streiks beitrugen. Insbesondere Lonmin wird beschuldigt, seine Verpflichtungen als Unternehmen nicht wahrgenommen zu haben. Die Lebensbedingungen der Arbeiter seien unwürdig, was ein wichtiger Grund für den Streik gewesen sei. Lonmin habe sich verpflichtet, 5'500 Häuser zu bauen. Bis zum Streik seien jedoch nur drei davon fertig gestellt gewesen. Lonmin hatte dies mit dem Zerfall des Platinpreises begründet. Die Kommission hielt dem entgegen, dass Lonmin zwischen 2007 - 2012 Überweisungen an Steuerparadiese in Höhe von 1,5 Mia. Rand vorgenommen hatte für fiktive Leistungen im Bereich Marketing. Die in Zug domizilierte Glencore ist mit 28% grösster Einzelaktionär von Lonmin mit Sitz im Verwaltungsrat.



**Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika**

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

Die KEESA verfolgt die weiteren Entwicklungen und wird in Zusammenarbeit mit den südafrikanischen Partnerorganisationen zu einem späteren Zeitpunkt inhaltlich zum Bericht Stellung nehmen.

Basel. 26. Juni 2015

Die Rede von Zuma sowie der vollständige Bericht können eingesehen werden auf <http://www.thepresidency.gov.za/pebble.asp?reid=51>

Auskunft: Barbara Müller, Koordination KEESA +41 79 601 74 17